

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort .....</b>	<b>13</b>
<b>Einleitung – Gang der Untersuchung.....</b>	<b>15</b>
<b>Kapitel 1: Entwicklung der Kleinbetriebsklausel des Kündigungsschutzrechts seit dem Kaiserreich bis heute .....</b>	<b>18</b>
A. Schwellenwertregelungen im Arbeitsrecht der Kaiserzeit .....	18
B. Nach dem 1. Weltkrieg - Weimarer Reichsverfassung und Betriebsrätegesetz 1920.....	19
I. Mittelstandsschutz in Art. 164 WRV .....	20
II. Vorläuferregelungen zum Betriebsrätegesetz von 1920 .....	21
III. Betriebsrätegesetz 1920 – Anfänge der Privilegierung von Kleinbetrieben beim Kündigungsschutz .....	22
C. Drittes Reich .....	23
D. Das Kündigungsschutzgesetz von 1951 .....	25
I. Wesentlicher Inhalt.....	25
II. Gesetzentwurf.....	26
III. Plenarprotokoll .....	26
IV. Zwischenergebnis.....	27
E. Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 .....	28
I. Gesetzentwurf.....	28
II. Plenarprotokolle .....	29
III. Zwischenergebnis.....	29
F. Beschäftigungsförderungsgesetz 1996 .....	30
I. Gesetzentwurf.....	30
II. Plenarprotokolle .....	32
III. Zwischenergebnis.....	33
G. Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte - 1998 .....	34
I. Gesetzentwurf von SPD/Grüne .....	34
II. Gesetzentwurf der FDP-Fraktion .....	35
III. Plenarprotokolle .....	35

1. Positionen von Vertretern der Regierungskoalition .....	35
2. Ausführungen von Vertretern der Opposition .....	36
IV. Zwischenergebnis .....	37
H.FDP-Antrag: Reform des Kündigungsschutzgesetzes vom 12.2.2003 .....	38
I. Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt 2003 .....	40
I. Die Entwürfe der Fraktionen .....	40
II. Die Plenardebatten .....	41
1. Positionen von Vertretern der Regierungskoalition .....	41
2. Ausführungen von Vertretern der Opposition .....	42
III. Zwischenergebnis .....	42
J. Schlussfolgerungen .....	43
I. Vorhergehender Schwellenwert als Anknüpfungspunkt für einen späteren .....	43
II. Keine betriebsbezogene Rationalität bei der Festlegung von Schwellenwerten .....	45
III. Verständniswandel – vom Ausgleich widerstreitender Interessen zu einem wirtschaftspolitischem Ordnungsrecht .....	45
<b>2. Kapitel: Verfassungsrechtlicher Rahmen der Kleinbetriebsklausel.....</b>	<b>47</b>
A. Die Rechtsprechung des BVerfG zu § 23 Abs. 1 Kündigungsschutzgesetz .....	47
I. Kleinbetriebsklausel und Berufsfreiheit .....	48
1. Schutzbereich .....	48
2. Problem widerstreitender Grundrechtsinteressen .....	48
3. Abwägung widerstreitender Belange .....	49
a. Belange des Arbeitnehmers .....	49
b. Belange des Arbeitgebers .....	49
c. Abwägung .....	50
4. Eigene Stellungnahme .....	51
a. Interessenabwägung – Detailanalyse der Argumente des BVerfG zu den besonderen Verhältnissen im Kleinbetrieb .....	51
aa. Gefährdung des Geschäftserfolgs .....	51

(1) Gefährdung durch Konflikte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer .....	52
(2) Gefährdung aufgrund innerbetrieblicher Querelen und personenbedingten Leistungsabfalls .....	53
(3) Gefährdung durch Sozialauswahl bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten.....	53
(4) Zwischenfazit.....	54
bb. Geringere Finanzausstattung von Kleinunternehmen.....	54
cc. Verwaltungsaufwand für Kleinbetriebe durch Kündigungsschutzklagen .....	55
dd. Fazit.....	55
b. Einbeziehung der Grundrechtssphäre Arbeitssuchender? .....	55
c. Fazit.....	57
II. Kleinbetriebsklausel und allgemeiner Gleichheitssatz.....	58
1. Prüfungsmaßstab – „Neue Formel“ .....	58
2. Anwendung des Kontrollmaßstabs auf die Prüfung des § 23 Kündigungsschutzgesetz.....	60
a. Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf die gewählte Größe des Betriebes.....	60
aa. Erforderlichkeit .....	61
bb. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne .....	61
cc. Zwischenergebnis.....	63
b. Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf den Betrieb als Anknüpfungspunkt.....	63
3. Eigene Stellungnahme .....	64
III. Tatsachenfeststellungen und Grundrechtsinterpretation bei der verfassungsrechtlichen Prüfung des § 23 Abs. 1 Kündigungsschutzgesetz .....	64
1. Verwendung von Empirie in der Rechtsprechung des BVerfG .....	65
2. Gerichtliche Überprüfung der tatsächlichen Annahmen des Gesetzgebers – ein Kompetenz-Konflikt.....	65
a. Einschätzungsspielraum und Typisierungsspielraum des Gesetzgebers als Lösungsansätze für das Kompetenzproblem.....	66

aa. Der Einschätzungsspielraum des Gesetzgebers und empirische Erkenntnisse .....	67
bb. Der Typisierungsspielraum des Gesetzgebers und empirische Erkenntnisse .....	69
b. Anforderungen an empirische Erkenntnisse bei der verfassungsrechtlichen Kontrolle.....	71
IV. Fazit .....	72
B. Schlussfolgerungen für die aktuelle Regelung und rechtspolitische Vorhaben.....	73
I. Schlussfolgerungen für die Höhe des Schwellenwertes .....	73
II. Schlussfolgerungen für eine mögliche Abschaffung des § 23 Kündigungsschutzgesetz .....	74
1. Vereinbarkeit mit Art. 12 Abs. 1 GG .....	75
2. Vereinbarkeit mit Art. 3 Abs. 1 GG .....	76
<b>3.Kapitel: Empirische Untersuchung der Annahmen über die Wirkungen der Kleinbetriebsklausel des Kündigungsschutzgesetzes .....</b>	<b>78</b>
A. Möglichkeiten empirischer Sozialforschung zur Abbildung der Wirklichkeit und ihre Bedeutung für die Grundrechtsinterpretation ....	78
I. Empirische „Wirklichkeit“ und ihre grundsätzliche Verwertbarkeit für die Grundrechtsinterpretation.....	79
II. Datenanalyse - deskriptive und analytische Statistik.....	80
III. Erhebungsarten .....	82
1. Vollerhebungen.....	82
2. Stichprobenerhebungen .....	83
a. Geschichtete Stichproben und Zufallsstichproben.....	84
b. Signifikanz - zufällige und „überzufällige“ Ergebnisse.....	84
c. Konfidenzintervalle.....	85
IV. Fazit .....	87
B. Zu überprüfende Hypothesen zur Wirkung der Regelung des § 23 Abs. 1 Kündigungsschutzgesetz .....	87
I. Annahmen und Argumentationen, die gegen die Kleinbetriebsklausel sprechen.....	88
1. Gleichbehandlungsargument – Umfang betroffener Beschäftigter .....	89

2.	Kleinbetriebsklausel als Nachteil für Kleinunternehmen auf dem Arbeitsmarkt - Qualifikationsargument .....	89
3.	Ausmaß negativer Auswirkungen für ältere Beschäftigte bei Verlust des Arbeitsplatzes .....	89
II.	Annahmen und Argumentationen, die für die Kleinbetriebsklausel sprechen .....	90
1.	Ökonomische Belastung für Kleinbetriebe durch das Kündigungsschutzgesetz .....	90
a.	Kosten durch Kündigungsschutzverfahren .....	90
b.	Sozioökonomisches Argument / Nähebeziehung .....	90
2.	Beschäftigungshemmende Auswirkungen des Kündigungsschutzgesetzes, insbes. der Kleinbetriebsklausel .....	92
a.	Wirtschaftliche Belastungen durch das Kündigungsschutzgesetz / tatsächlicher Erfahrungen mit ihm .....	92
b.	Abschaffung psychologischer Einstellungsbarrieren .....	93
3.	Insider-Outsider-These .....	93
C.	Empirische Untersuchung der herausgearbeiteten Argumentationen und Annahmen .....	94
I.	Datenquellen für die empirische Überprüfung der dargestellten Argumentationen .....	94
1.	Eigene Datenquellen .....	94
a.	WSI-Befragung zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen 2001 .....	95
b.	WSI-Befragung zur betrieblichen Personalpolitik 2003 .....	96
2.	Fremde Datenquellen .....	97
a.	Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit .....	97
b.	Das IAB-Betriebspanel .....	98
c.	Forschungsprojekt Kündigungsschutz und Kündigungspraxis aus Sicht des arbeitsgerichtlichen Verfahrens (Küprax) .....	99
d.	Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) .....	100
3.	Zusammenschau .....	100
II.	Prüfung der Argumentation der Gegner der Kleinbetriebsklausel .....	100
1.	Gleichbehandlungsargument – Umfang betroffener Beschäftigter/Betriebe .....	101

2. Kleinbetriebsklausel als Nachteil für Kleinunternehmen auf dem Arbeitsmarkt - Qualifikationsargument .....	103
a. Verteilung der Formalqualifikation auf Basis der Beschäftigtenstatistik .....	104
b. Forschungsergebnisse des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn .....	106
c. Zwischenergebnis.....	107
3. Geringere Reintegrationschancen für ältere Beschäftigte .....	108
III. Prüfung der Argumentation der Befürworter der Kleinbetriebsklausel .....	109
1. Ökonomische Belastung für Kleinbetriebe durch das Kündigungsschutzgesetz.....	109
a. Kosten durch Kündigungsschutzverfahren .....	110
aa. Prüfungsgegenstände .....	110
bb. Datenquellen .....	111
cc. Finanzkraft von Betrieben.....	111
dd. Häufigkeit von Arbeitgeberkündigungen in Kleinbetrieben .....	113
(1) Anteil von Arbeitgeberkündigungen an allen Beendigungsformen .....	113
(a) WSI-Befragung zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen 2001 .....	114
(b) IAB-Betriebspanel 2000-2003 .....	115
(c) Zwischenergebnis.....	117
(2) Kündigungsquote und durchschnittliche Anzahl von Arbeitgeberkündigungen nach Betriebsgröße .....	117
(a) IAB-Betriebspanel 2000-2003 .....	117
(b) WSI-Befragung zur betrieblichen Personalpolitik 2003 ....	119
(3) Zwischenergebnis .....	119
ee. Umfang und Anteil von Kündigungsschutzklagen an allen Arbeitgeberkündigungen.....	120
(1) Direkte Erhebung der Klagequote .....	120
(2) Indirekte Ermittlung der Klagequote – absolute Anzahl von Arbeitgeberkündigungen .....	122
(a) Klagequote zwischen 16 und 31 % .....	122

(b) Methodische Schwächen dieser Methode .....	123
(3) Zwischenfazit .....	125
ff. Verfahrensdauer .....	125
gg. Ausgang der Verfahren .....	128
(1) Häufigkeit von Urteil und Vergleich .....	128
(2) Kostenfolgen aus Urteilen .....	130
(3) Kostenfolgen aus gerichtlichen Vergleichen .....	130
(a) Häufigkeit von Abfindungszahlungen bei gerichtlichen Vergleichen .....	130
(b) Abfindungshöhen bei gerichtlichen Vergleichen.....	131
(4) Fazit: keine übermäßige Belastung von Kleinbetrieben durch die arbeitsgerichtlichen Verfahren.....	133
hh. Außergerichtliche Abfindungspraxis .....	133
(1) Häufigkeit von außergerichtlichen Abfindungen .....	133
(2) Höhe von außergerichtlichen Abfindungen.....	135
ii. Zwischenfazit zu a. ....	138
b. Sozioökonomisches Argument / Nähebeziehung .....	139
aa. Variablen einer empirischen Überprüfung .....	139
bb. Empirische Analyse des sozioökonomischen Arguments .....	139
(1) Anteil mitarbeitender Arbeitgeber nach Betriebsgröße .....	140
(2) Anteil der Handwerksbetriebe in den Betriebsgrößenklassen .....	142
cc. Zwischergebnis zu b.....	143
c. Zwischenfazit: Direkte ökonomische Belastung ist für die Kleinbetriebe durch das Kündigungsschutzgesetz nur eingeschränkt vorhanden.....	143
2. Beschäftigungshemmende Auswirkungen durch die Kleinbetriebsklausel des Kündigungsschutzgesetzes .....	143
a. Vorangegangene empirische Untersuchungen – insbesondere zur Wirkung des § 23 Kündigungsschutzgesetz .....	145
b. Ergebnisse aus Meinungsumfragen und ihre Bedeutung für die hiesige Fragestellung .....	147
c. WSI-Befragung zur betrieblichen Personalpolitik 2003.....	148

aa. Deskriptive Ergebnisse zur beschäftigungshemmenden Wirkung der Kleinbetriebsklausel aus der WSI-Befragung zur betrieblichen Personalpolitik 2003.....	149
bb. Subjektive Einstellung zum und Erfahrungen mit dem Kündigungsschutz als Einflussfaktoren auf die Einstellungsbereitschaft der Betriebe .....	150
(1) Subjektive Einstellung der Befragten zum Kündigungsschutz.....	151
(a) Probleme, das Arbeitsrecht zu überblicken.....	151
(b) Das größte arbeitsrechtliche Reformprojekt .....	152
(c) Einflussfaktor Kleinbetrieb .....	154
(d) Zwischenfazit .....	154
(2) Erfahrungen mit arbeitsrechtlichen Materien als Einflussfaktor auf die subjektive Haltung zum Arbeitsrecht / Kündigungsschutz.....	155
cc. Multivariate Analyse zu Einflussfaktoren auf Neueinstellungen.....	156
(1) Abhängige Variable: Schaffung neuer Stellen .....	157
(2) Unabhängige Variablen aus der WSI-Befragung zur betrieblichen Personalpolitik 2003 .....	158
(3) Ergebnisse des vorgestellten Modells.....	160
dd. Zwischenergebnis zu c. ....	160
d. Zwischenergebnis zu 2. ....	160
3. Das Kündigungsschutzgesetz als Schutzinstrument für Insider zu Lasten von Outsidern? .....	161
a. Die Insider-Outsider-Theorie in den Wirtschaftswissenschaften ...	161
b. Insider-Outsider-Theorie in der empirischen Überprüfung. ....	162
c. Zwischenergebnis zu 3. ....	164
<b>Zusammenfassende Thesen und Schlussfolgerungen .....</b>	<b>165</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>169</b>